

Änderungsantrag

der Abgeordneten Rezzo Schlauch, Annelie Buntenbach, Oswald Metzger und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

zur zweiten Beratung des Entwurfs des Haushaltsgesetzes 1997

– Drucksachen 13/5200 Anlage, 13/5836, 13/6006, 13/6025, 13/6026, 13/6027 –

hier: Einzelplan 06

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

Der Bundestag wolle beschließen:

In Kapitel 06 03 – Bewilligungen für den Kulturbereich – wird in Titelgruppe 07 der Titel 684 71 – Förderung der Erhaltung und Auswertung deutscher Kultur der historischen Siedlungsgebiete in Ostmittel-, Ost- und Südosteuropa um 4 800 TDM gekürzt.

In Kapitel 06 40 – Bewilligungen für Vertriebene, Flüchtlinge, Kriegsgeschädigte, Aus- und Übersiedler – werden der Titel 671 04 – Kosten der Rückführung von Deutschen – um 60 000 TDM und der Titel 684 05 – Zuwendungen an zentrale Organisationen und Verbände, die der Eingliederung der Aussiedler, Übersiedler, Vertriebenen und Flüchtlinge dienen – um 3 000 TDM gekürzt.

Bonn, den 4. November 1996

Rezzo Schlauch

Annelie Buntenbach

Oswald Metzger

Joseph Fischer (Frankfurt), Kerstin Müller (Köln) und Fraktion

Begründung

Die Erhöhung des Mittelansatzes für die Stiftungen und Verbände der Vertriebenen ist abzulehnen, weil der Personenkreis der Erlebnisgeneration der Vertriebenen abnimmt und das Engagement nachläßt. Es ist nicht nachvollziehbar, daß trotz angespannter Haushaltslage die Mittel für diese Art der Traditionsbewahrung steigen sollen. Sie müßten vielmehr den neuen Bedürfnisstrukt-

ren angepaßt und perspektivisch reduziert werden. Statt der Förderung der teilweise fragwürdigen Arbeit der Verbände sollten eher Mittel für die Integration von Aussiedlern und Ausländern, z. B. bei Eingliederungshilfen und Sprachförderung zur Verfügung gestellt werden. Diese sind in den letzten Jahren stets Kürzungen unterworfen gewesen, was zu einer erheblichen Erschwerung der Integrationsbemühungen führte. Da nicht alle einzelnen Projekte überprüfbar sind, wird eine pauschale Reduzierung um ca. 15 % gefordert.

Die finanzielle Unterstützung der „Rückführung“ von Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedlern sollte einerseits auf die Fälle begrenzt werden, die die Reisekosten nicht aus eigenen Mitteln bestreiten können, und andererseits auf kostengünstigere Alternativen (Einsparungen durch Neuausschreibung, Bahn) überprüft werden.

Die institutionelle Förderung des Bundes der Vertriebenen (BdV) soll größtenteils gestrichen werden. Trotz seiner angeblich hohen Mitgliederzahl (2 Millionen) erbringt der BdV keinen oder nur einen verschwindend geringen Eigenanteil. Von rechtsextremen Tendenzen in einigen angeschlossenen Landsmannschaften liegt keine eindeutige Distanzierung vor. Die Politik der Verbände, die auf Eigentumsrückforderungen und in einzelnen Fällen auf Gebietsrückforderungen hinauslaufen, sind nicht förderungswürdig.